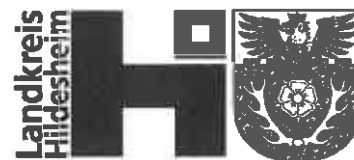


AMTSBLATT

für den

LANDKREIS HILDESHEIM



2018

Herausgegeben in Hildesheim am 31. Januar 2018

Nr. 5

Inhalt

Seite

15.01.2018 -	Satzung des Flecken Duingen über Aufwandsentschädigungen, Ersatz von Auslagen und Verdienstausfall für die Mitglieder des Rates, von Ausschüssen des Rates sowie für ehrenamtlich Tätige (Entschädigungssatzung), Samtgemeinde Leinebergland	102
--------------	--	-----

Impressum

Herausgeber:

Landkreis Hildesheim, Dezernat II, Bischof-Janssen-Straße 31, 31132 Hildesheim

Druck:

Druckerei des Landkreises Hildesheim

E-Mail-Adresse:

amtsblatt@landkreishildesheim.de

Ansprechpartnerin:

Frau Käsler, 101 - Personal- u. Hauptamt, Tel. (0 51 21) 309 - 1471, E-Mail: Petra.Kaesler@landkreishildesheim.de
Frau Hoffmann, 101 - Personal- u. Hauptamt Tel. (0 51 21) 309 - 1472, E-Mail: Petra.Hoffmann@landkreishildesheim.de

**Satzung
des Flecken Duingen
über Aufwandsentschädigungen, Ersatz von Auslagen und Verdienstausschlag für
die Mitglieder des Rates, von Ausschüssen des Rates sowie für
ehrenamtlich Tätige
(Entschädigungssatzung)**

Aufgrund der §§ 10 und 55 i. V. m. § 44 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02.03.2017 (Nds. GVBl. S. 48), hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 18.12.2017 die folgende Satzung beschlossen.

**§ 1
Geltungsbereich**

Ratsmitglieder und nicht dem Gemeinderat angehörende Mitglieder von Ausschüssen des Gemeinderates sowie ehrenamtlich Tätige erhalten für ihre Tätigkeit Entschädigungen nach Maßgabe dieser Satzung.

**§ 2
Aufwandsentschädigungen**

- (1) Die Ratsmitglieder erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von **36,00 EURO**.
- (2) Ratsfrauen und Ratsherren, die ausschließlich das Ratsinformationssystem ALLRIS nutzen, erhalten monatlich eine zusätzliche Aufwandsentschädigung in Höhe von **13,50 EURO** und verzichtet somit auf die Zusendung gedruckter Einladungen und Protokolle (Ausnahme Haushaltspläne und -entwürfe, sowie Ausfertigungen, die das Format DIN A 4 überschreiten).
- (3) Ratsmitglieder, denen aufgrund der Wahrnehmung ihrer Mandatstätigkeit Aufwendungen für die Betreuung von Kindern entstehen, wird auf Antrag eine um **36,00 EURO** erhöhte Aufwandsentschädigung gewährt.

Ein Anspruch auf die Erhöhung besteht nicht,

- a. für die Betreuung von Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben,
 - b. wenn der Wohn- oder Lebensgemeinschaft weitere Personen angehören, die auch sonst bei An- oder Abwesenheit der oder des Ratsmitglieder an der Kinderbetreuung beteiligt sind,
 - c. soweit Kinder nicht ausschließlich mit Rücksicht auf die Mandatstätigkeit anderweitig betreut werden.
- (4) Neben den Entschädigungen nach Abs. 1 und 2 erhalten Ratsmitglied mit besonderen Funktionen folgende monatliche Aufwandsentschädigungen:

- | | |
|---|--------------------|
| a. Bürgermeisterin/Bürgermeister | 261,00 EURO |
| b. Stellvertretende Bürgermeisterin/
Stellvertretender Bürgermeister | 108,00 EURO |
| c. Fraktionsvorsitzende | 108,00 EURO |

d. Mitglieder des Verwaltungsausschusses

36,00 EURO

Werden mehrere der in nach a. bis d. genannten Funktionen von einer oder einem Ratsmitglied wahrgenommen, wird nur die jeweils höchste Aufwandsentschädigung gezahlt.

- (5) Die Aufwandsentschädigungen werden jeweils für einen vollen Monat gewährt, auch wenn die Tätigkeit nur für einen Teil des Monats wahrgenommen wird.
- (6) Bei Ratsmitgliedern, die länger als drei Monate an der Wahrnehmung ihres Mandats gehindert sind, ruhen die Aufwandsentschädigungen nach Abs. 1 bis 3 für die übrige Zeit mit 1/30 je Tag. Der ruhende Teil der Aufwandsentschädigung nach Abs. 3 wird an die jeweilige Vertreterin bzw. den Vertreter gezahlt.

§ 3

Sitzungsgeld

- (1) Neben der Entschädigung nach § 2 erhalten die Ratsmitglieder für die Teilnahme an Gemeinderats-, Verwaltungsausschuss-, Fachausschuss- und Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld in Höhe von **18,00 EURO** je Sitzung.
- (2) Die Zahl der entschädigungsfähigen Fraktionssitzungen wird auf 8 Sitzungen pro Jahr beschränkt. Abweichungen hiervon kann der Verwaltungsausschuss durch Beschluss zulassen.
- (3) Wird eine Sitzungsdauer von fünf Stunden überschritten oder finden an einem Tag mehrere Sitzungen statt, deren Dauer insgesamt fünf Stunden überschreitet, wird ein weiteres Sitzungsgeld gezahlt.
- (4) Die Zahlung des Sitzungsgeldes entfällt, wenn ein Ratsmitglied weniger als 15 Minuten an einer Sitzung teilnimmt oder eine Sitzungsdauer von 15 Minuten unterschritten wird.
- (5) Für Besichtigungsfahrten von Ausschüssen wird nur dann ein Sitzungsgeld gezahlt, wenn die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister dazu aufgefordert hat.

§ 4

Fahrt- und Reisekosten

- (1) Fahrtkosten für Fahrten innerhalb des Gemeindegebietes, die den Ratsmitgliedern anlässlich der Teilnahme an den in § 3 Abs. 1 und 5 genannten Sitzungen entstehen, werden nicht erstattet.
- (2) Für genehmigte Dienstreisen und Besichtigungsfahrten in Orte außerhalb des Gemeindegebietes werden Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz mit der Maßgabe gezahlt, dass sich die Wegstreckenentschädigung nach § 4 Abs. 1b. dieser Satzung bestimmt. Über die Genehmigung beschließt der Verwaltungsausschuss.

§ 5

Verdienstaufschlag

- (1) Den Ratsmitgliedern wird auf Antrag der durch die Teilnahme an den in § 3 Abs. 1 und 5 genannten Sitzungen entstehende Verdienstaufschlag bis zur Höhe von **27,00 EURO** je Stunde für höchstens acht Stunden je Tag ersetzt. Dies gilt für die Wahrnehmung der repräsentativen Vertretung der oder des Hauptverwaltungsbeamten durch die stellvertretenden Bürgermeisterinnen oder Landräte entsprechend.
- (2) Unselbständig Tätigen wird der entstandene und nachgewiesene Verdienstaufschlag bis zur Höchstgrenze nach Abs. 1 ersetzt.

- (3) Selbständig Tätigen kann eine Verdienstauffallpauschale je Stunde gewährt werden. Diese wird im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens festgesetzt, maximal bis zur Höchstgrenze nach Abs. 1.
- (4) Der Verdienstauffall nach den Abs. 1 bis 3 wird auch für Wegezeiten gezahlt, wobei im Grundsatz je ½ Stunde für An- und Abfahrt berechnet werden können. Längere Wegezeiten sind bei Antragstellung besonders zu begründen. Für Vorbesprechungen wird Verdienstauffall nicht gezahlt.

§ 6

Nachteilsausgleich

- (1) Ratsmitglied, die keinen Anspruch auf Verdienstauffall geltend machen können, wird auf Antrag ein Pauschalstundensatz in Höhe von **10,80 EURO** für höchstens acht Stunden je Tag gewährt, wenn sie im Bereich der Haushaltsführung oder im sonstigen beruflichen Bereich, einschließlich der Landwirtschaft, aus dringenden Gründen eine Hilfskraft in Anspruch nehmen müssen, damit sie ihre Mandatstätigkeit in zumutbarer Weise wahrnehmen können. Die Hilfskraft darf der Familie nicht angehören.
- (2) Im Bereich der Haushaltsführung kann ein Nachteilsausgleich darüber hinaus auch dann gewährt werden, wenn der Haushalt drei oder mehr Personen umfasst, von denen
 - mindestens ein Kind unter 14 Jahren,
 - eine Person über 67 Jahre oder
 - eine anerkannt pflegebedürftige Person ist.
- (3) Der besondere Nachteil ist bei der Antragstellung nachzuweisen oder glaubhaft zu machen.

§ 7

Entschädigungen bei Urlaub für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen im Zusammenhang mit dem Amt der bzw. des Ratsmitglieder

- (1) Ratsmitglieder, denen durch die Wahrnehmung eines Fortbildungsurlaubs nach § 54 Abs. 2 Satz 4 NKomVG ein Verdienstauffall entsteht, wird dieser auf Antrag und Nachweis bis zu der in § 5 Abs. 1 genannten Höchstgrenze erstattet.
- (2) Ratsmitglieder, denen durch die Wahrnehmung eines Fortbildungsurlaubs nach § 54 Abs. 2 Satz 4 NKomVG Aufwendungen für eine Kinderbetreuung entstehen, werden diese auf Antrag bis zu **9,00 EURO** je Stunde, jedoch maximal bis zu **45,00 EURO** pro Tag, erstattet. § 2 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 8

Entschädigung von Ausschussmitgliedern, die nicht Ratsmitglied sind

- (1) Ausschussmitglieder, die nicht dem Gemeinderat angehören, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines Sitzungsgeldes. Das Sitzungsgeld beträgt **18,00 EURO** je Sitzung. § 3 Abs. 3 und 5 gelten entsprechend.
- (2) Ausschussmitgliedern, denen aufgrund der Wahrnehmung ihrer Tätigkeit Aufwendungen für die Betreuung von Kindern entstehen, wird auf Antrag ein um **22,50 EURO** je Sitzung erhöhtes Sitzungsgeld gewährt. § 2 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.
- (3) Daneben werden Verdienstauffall, Nachteilsausgleich sowie Fahrt- und Reisekosten entsprechend den für Ratsmitglied geltenden Bestimmungen gewährt.

- (4) Angehörige der Verwaltung, die aufgrund ihrer hauptamtlichen Tätigkeit Mitglied eines Ausschusses sind oder an ihm teilnehmen, erhalten keine Entschädigung nach dieser Satzung.

§ 9

Entschädigung für sonstige ehrenamtliche Tätigkeiten

- (1) Unter gleichzeitiger Abgeltung sämtlicher Auslagen und des Verdienstausfalles erhalten folgende ehrenamtlich Tätige eine monatliche Aufwandsentschädigung:

Gemeindedirektorin / Gemeindedirektor	180 Euro
Stellvertretende Gemeindedirektorin / Stellvertretender Gemeindedirektor	135 Euro
Ortsheimatpflegerin / Ortsheimatpfleger	72 Euro
Verwaltung der Gemeindebücherei	72 Euro
3 Bürgerbeauftragte/r in Coppengrave	20 Euro
Ein/e Bürgerbeauftragte/r in Duingen	30 Euro
Ein/e Bürgerbeauftragte/r in Capellenhagen	15 Euro
Ein/e Bürgerbeauftragte/r in Fölziehausen	15 Euro
Ein/e Bürgerbeauftragte/r in Hoyershausen	15 Euro
Ein/e Bürgerbeauftragte/r in Lübbrechtsen	15 Euro
Ein/e Bürgerbeauftragte/r in Rott	15 Euro
Ein/e Bürgerbeauftragte/r in Marienhagen	20 Euro
Ein/e Stellv. Bürgerbeauftragte/r in Marienhagen	20 Euro
Ein/e Bürgerbeauftragte/r in Weenzen	15 Euro
Ein/e Stellv. Bürgerbeauftragte/r in Weenzen	15 Euro

Die Höhe der Aufwandsentschädigung der Bürgerbeauftragten orientiert sich an der Einwohnerzahl der betreffenden Ortschaft. Bis 500 Einwohner 15 Euro, über 500 bis 1000 Einwohner 20 Euro und über 1000 Einwohner 30 Euro monatlich.

- (2) Neben der Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 erhalten Bürgerbeauftragte und stellvertretende Bürgerbeauftragte für die Teilnahme an Gemeinderatsitzungen ein Sitzungsgeld in Höhe von **10 Euro**
- (3) Werden Ratsmitglieder zur/zum Bürgerbeauftragten berufen, wird diesen die Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 und das Sitzungsgeld nach Absatz 2 nicht gewährt.
- (4) Die/Der Bürgerbeauftragte nimmt in der betreffenden Ortschaft folgende Aufgaben wahr:
- Ansprechpartner für Einwohner, Vereine und Verbände sowie örtliche Initiativen.
 - Mittler zwischen Bürger, Verwaltung und Politik.
 - Übermittler für Schadensmeldungen an Gemeindedirektor oder Verwaltung.
 - Teilnahme an öffentlichen Sitzungen und Gremien soweit die Tagesordnung oder aktuelle Themen die Ortschaft betreffend dies erfordern.
 - Einflussnahme am politischen Meinungsprozess über die Einwohnerfragestunde in Gremiensitzungen.
 - Freiwillige Begleitung öffentlicher Veranstaltungen in der jeweiligen Ortschaft.
 - Repräsentant der Gemeinde auf freiwilliger Basis und nach vorheriger Absprache, wenn Bürgerbeauftragter auch Ratsmitglied ist.

§ 10
Auszahlung der Entschädigungen


- (1) Die Aufwandsentschädigungen nach § 2 werden monatlich gezahlt. Alle anderen Entschädigungen werden vierteljährlich nachträglich gezahlt.
- (2) Soweit Zahlungen aufgrund dieser Satzung der Sozialversicherungs- oder der Steuerpflicht unterliegen, regeln die Empfängerinnen und Empfänger die sich daraus ergebenden Verpflichtungen.

§ 11
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2018 in Kraft. Die Entschädigungssatzung des Flecken Duingen vom 02.12.2016 sowie der 1. Nachtrag zur Entschädigungssatzung vom 14.06.2017 des Flecken Duingen treten zum 31.12.2017 außer Kraft.

Duingen, 15.01.2018

Flecken Duingen


Bürgermeister




Gemeindedirektor